

# Die Constitution.

Verantwortlicher Redacteur:  
F. Gafner.

Tagblatt  
für constitutionelles Volksleben und Belehrung.  
Motto: Freiheit und Arbeit!

Mit-Redacteurs:  
M. Grißner, F. Gauh.

N<sup>o</sup> 138.

Wien, Donnerstag den 7. September

1848.

Gestern wurde dem Abgeordneten Herrn Borrosch der Dank des Volkes durch einen feierlichen Fackelzug dargebracht.

Das Volk ist immer dankbar. Herr Borrosch hat kaum für die Rechte des Volkes muthige und ehrliche Worte gesprochen, als das Volk sich beeilte, ihm zu huldigen. Ein frei gewordenes Volk ist immer entschlossen. Herr Borrosch hatte kaum erklärt, „die Brücke sei hinter uns abgeworfen,“ so drängte es das Volk, unter den Fenstern des Abgeordneten stürmisch auszusprechen, „es wolle mit dem 15. Mai stehen und fallen.“ Das Volk hat erklärt, „daß hinter der Minorität des Reichstages die Majorität des Volkes sich den letzten Auspruch vorbehalte.“

Wien. Wir müssen den Kampf neuerdings beginnen und an allen Orten; denn wir sind nicht Willens, unser Haupt mit Asche zu bestreuen und einem angstvollen Traume von Freiheit nach zu weinen. Im Gegentheile wollen wir Mann für Mann, und bis zum letzten Manne einstehe für die Freiheit, welche im Frühjahr zu Paris, Berlin, Wien und Mailand blutig verkündigt, zu Neapel im Kartätschenfeuer erobert wurde, in Posen und Irland schauerlich aufstöhnte, in Frankfurt sich als deutsches Parlament constituirte. Ihr Evangelium wurde überall wieder verläugnet, die Gemeinheit hat die Hingebung, die Hinterlist die Begeisterung besiegt, und es bleibt ihren Jüngern nur mehr übrig, ihre Fahne noch einmal aufzupflanzen und die selbstgeschaffenen Söden dieser Welt heraus zu fordern zu einem Gottesurtheile — über Tod und Leben. Ueberall sollen wieder die Interessen der Völker dem Vortheile und der Anmaßung einzelner Familien nachgesetzt, überall soll wieder das Glück von Tausenden dem Hochmuth und der Schwelgerei Einzelner geopfert werden; überall soll wieder die Menschheit getheilt werden in Untertanen und Gewalthaber, in Heerde undhirt, in Schaaf und Treiber, in Lastthier und Reiter. Aber Ihr habet die Völker in so bodenloses Elend hinein getrieben, Ihr habet Ihnen so viel Schmach aufgeladen, daß sie Euch abwerfen müssen, wenn nicht die Civilisation selbst in einer Anarchie untergehen soll, welche die von Euch veranlaßte Verzweiflung Aller herbeiführen wird. Die allgemeine Noth und ein allgemeines schmerzhaftes Erwachen erfordern allseitige Opfer. Ihr aber denkt nur an Euch. Dafür werdet Ihr auch von Allen vergessen werden.

Unser bereits gestürztes Ministerium wird heute nicht entfernt werden. Die heutige Reichstagsitzung wird sein — ein Geschworenen-Gericht über den 15. Mai, über die Mündigkeit des Volkes, über die Ruhe der nächsten Zukunft. Der Advocat Bach wird der öffentliche Ankläger der Freiheit, und ein bleicher, kranker Mann, ein Buchhändler aus Prag und gebürtig in Wien, wird ihr Vertheidiger sein. Schlaun lächelnd, siegestolz und übermüthig wird der Advocat seine

Pfeile gegen die Angeklagte werfen, und der kranke, bleiche Mann wird mit der hohlen Stimme eines gebrochenen Herzens sie vergebens vertheidigen, und die Geschworenen werden sie schwur- und pflichtvergessen verurtheilen.

Vor dem Gerichtshause wird das Volk bange harren, bis ihm der Spruch der Richter verkündet wird. Dann wird es weinen über sein in Schmerzen geborenes, in Schmerzen groß gezogenes Kind; es wird sein Weh und sein Elend und seinen Zorn über Verrath in einem brütenden Schweigen verbergen, und in stürmisch wogender Brust leise und ungeahnt Ereignisse vorbereiten, welche lavinenartig hereinbrechen werden, wenn das Maaß der Sünde wird voll sein.

Aber die Feinde der Verurtheilten werden auf Rache an ihren Anhängern sinnen und sie mit Koth bewerfen, und nachdem sie ihre Ehre werden beschmugt haben, sie selbst der vorausgegangenen Geliebten als Opfer nachsenden. Die Trauerfackel der Freiheit wird die Brandfackel der Reaction werden; allein ihr letzter Tag der Rache wird auch der jüngste Tag sein, an dem der Genius der Menschheit wieder über unseren Fluren schweben, und der Weltgeist die Völker zum Weltgerichte laden wird.

Die Räthe der Krone haben die Rechte des Volkes verschachert für ein huldvolles Lächeln der Camarilla; sie haben den 15. Mai verkauft um den Judaspfennig ihrer Ministerstellen; sie haben die Souveränität des Verfassungstages gewiß nicht zum Frommen des Thrones verleugnet; denn sie haben eine Lebensfrage, welche bereits durch kaiserliches Wort erledigt war, zwischen Volk und Dynastie geworfen in einem Augenblicke, wo es der Gesamtkraft, des Gesamtvaterlandes gegen ein kriegerisches Bedürfniß der Franzosen bedarf, in einem Augenblicke, wo unsere Stellung im wildbewegten Deutschland noch vollends unbestimmt ist, wo slavische Stürme von neuem sich erheben, wo das schwer gereizte Ungarn immer heftiger Antwort verlangt, wo Polen's Unglück laut und lauter aufstöhnt, wo in den Donauländern die Freiheit den Kampf mit

russischer und türkischer Barbarei begonnen hat, und die gesellschaftlichen Uebelstände die politischen Zustände immer ärger verwirren.

Die Rätze der Krone spielen hier dasselbe Spiel, das in Neapel noch nicht vollends gewonnen, und in Berlin schon halb verloren ist. Auch in Berlin ward der Anfang mit dem „Vereinbaren“ gemacht, dann kamen die „Schmetterlinge des Völkerfrühlings“, nämlich die neue Polizei-Soldateska, sodann folgten Tag für Tag Verhaftungen und Hausuntersuchungen, endlich die Verletzungen des Vereinigungsrechtes.

Möge unser Justizminister noch so vornehm lächeln; sein Spiel ist doch mehr Trauerspiel als Comödie. Säfner.

### Reichstags-Sitzung vom 6. September.

Abgeordneter Klaudy bringt einen Protest gegen den Präsidenten Strobach ein, weil er den Abgeordneten Borrosch nicht zur Ordnung gerufen wegen der Aeußerung, Klaudy habe seine Ansicht nach den Ministerreden geformt. In diesem Proteste behauptet Abgeordneter Klaudy, eine czechische Celebrität, sein sogenanntes Recht, wenn er auch kein Protokoll geschrieben, wie viel Bäckhändler gegessen und wo man vom Regen durchnäßt worden. Wir hätten uns nicht gewundert, wenn eine solche Sprache in der Denkschrift eines Höferweibes vorgekommen wäre, aber mit gerechter Entrüstung mußten wir sie in einer Meinungsäußerung eines Volksvertreters wahrnehmen.

Sogar der Präsident Strobach findet sich bewogen zur Bemerkung, daß er bei mündlicher Vorbringung einer solchen Stelle den Ordnungsruf hätte erkennen müssen.

Unter den Petitionen befindet sich eine um Beerdigung des Militärs auf die Verfassung, ferner eine solche eines anonymen Nationalgardisten um Bestrafung verschiedener Journale wegen ihrer Urtheile über den 23. August.

Bis jetzt sind bereits 953 Petitionen eingelaufen.

Abgeordneter Woietch erinnert die Versammlung, daß sie neulich erst 20 Millionen wegen Erschöpfung des Staatsschatzes aufzunehmen bewilligt habe. Nun sei er im Besitze zweier Noten des Cameral-Landes-Präsidiums und der Bezirksverwaltung, in denen es heißt: Man sei um die Weisung eingekommen, ob die Gefällsämler dem Agrar-Inspectorate Folge zu leisten hätten, und finde, in Verehrung der Weisungen des Finanzministeriums, den Gefällsämlern zu bedeuten: Wenn durch eine, von Sr. Excellenz dem Ban von Croatien ermächtigte Commission Geldsummen in Anspruch genommen würden, solche unverweigerlich auszufolgen. Das Ministerium habe also in demselben Momente dem Ban österreichisches Geld unbedingt zur Verfügung gestellt, während es hier von der Versammlung 20 Millionen verlangte. Er stelle daher die Frage an das Ministerium, ob es eingestehen wolle, daß es von dieser Verfügung Kenntniß habe, oder aber ob diese eigenmächtig von unteren Behörden getroffen worden sei.

Finanzminister Kraus ist stichlich betroffen. Er kenne die Verfügung gar nicht. Zwar sei allerdings eine Anfrage vorgekommen. Es handele sich nicht um österreichische, sondern um ungarische Gefälle. Das Ministerium habe sich jedes Einflusses enthalten. Es komme dem Ministerium nicht das Urtheil zu, welche Behörde in Ungarn die legale sei.

Da fordert Abgeordneter Woietch Vorlage der Actenstücke Behufs Einleitung einer strengen Untersuchung der schuldigen Beamten.

Finanzminister Kraus beist sich, die Untersuchung den Behörden zu vindictiren. Was Recht sei, werde geschehen. Die Acten, welche notwendig seien, werde er schon bei Gelegenheit vorlegen.

Sollen wir noch Worte über unser Ministerium verlieren? Man ermattet über die Anstrengung, seine schändlichen Perfidien darzustellen.

So viel ist unsere persönliche Ansicht nach dem Benehmen des Finanzministers von heute: das österreichische Ministerium unterstützt den noch nicht amnestirten Hochverräther Jellasch mit Geld nach seinem beliebigen Ermessen, während es durch Jammer- und Elendsvorstellungen vom hiesigen Reichstage zwanzig Millionen erpreßt. Der Finanzminister widerlege, aber stichhaltig.

Die Interpellation war in ungeschickten Händen, sonst hätte man einen entscheidenden Erfolg erringen müssen. Uebrigens muß das Ministerium Jellasch unterstützen, denn er ist ja der Führer der Südslaven, und das Ministerium steht ja nur durch die slavische Majorität im Reichstage, nur die serbenfreundlichen Czechen machen ihm es möglich, den betrogenen Schwachköpfen und plumpen Polterern die Freiheit zu stehlen.

Abgeordneter Jonak meint, es sprächen öffentliche Blätter von einer Vereinbarung zwischen dem Kabinete des Königs von Ungarn und jenem des Kaisers von Oesterreich. Der ungarische Unterstaatssecretär habe dies in Abrede gestellt. In den Finanzausweisen werde aber häufig hingewiesen, daß Forderungen, von Ungarn an Oesterreich zu leisten, noch ausständen. Dieser Rückstand werde sogar als theilweise Ursache des Deficits angeführt. Nun sei es höchst nothwendig, die Staatsschuld zu verringern.

Ein Anerkenntniß unserer Forderung erscheine im ungarischen Budget. Er frage also 1) hat Ungarn selbst nach der Trennung im April noch Zahlungen zu leisten und welche? 2) Ist bereits und wie viel ist gezahlt? 3) Hat das Ministerium energisch auf seiner Forderung bestanden oder nicht?

Finanzminister Kraus meint wieder, die Staatsschuld sei noch nicht vergrößert, die Kammer habe nur die Möglichkeit dazu eröffnet. Die Forderungen an Ungarn seien zweierlei; solche, mit welchen Ungarn einverstanden sei und solche, worüber verschiedene Ansichten herrschen. Zu ersteren gehörten die 3 Millionen für Centralverwaltung, wegen der andern steht man in Verhandlung. Baar sei noch nichts abgeführt worden, möglich wäre es, daß man in Ungarn Abschlagszahlungen geleistet habe. Die Frage der energischen Forderung werde sich nach Umständen modificiren.

Jonak wünscht nach Beendigung der Verhandlung die Acten und setzt sich zufrieden nieder.

Abgeordneter Palaczek will wissen, ob es wahr sei, daß 18,000 ungarische Truppen von der italienischen Armee zurückgezogen und durch erbländische Mannschaft ersetzt werden sollen?

Kriegsminister Latour gibt die Antwort, daß er diese Angabe als nicht richtig erklären könne. Die ungarische Regierung habe bloß das Ansuchen gestellt, die außer Ungarn stehenden Truppen mögen gegen dort stationirte erbländische ausgetauscht werden.

Abgeordneter Polaczek erinnert, daß der Arbeitsminister gesagt habe: der Lohn gebühre nur nach Maaß der Arbeit. Der Grundsatz sei gut, nur möge man ihn höher hinauf in Anwendung bringen. Der alte Staatsrath sei verschwunden und man habe von ihm nichts weiter erfahren, als daß Hartig zur Pacification Italiens abgeschickt, von Nadecky aber rückgesendet wurde. Nun frage er, ob diese Mitglieder noch ihre frühere Besoldung, oder einen Quiescentengehalt, oder Pension bezögen.

Finanzminister Kraus erwiedert, sie seien alle normalmäßig pensionirt, wodurch dem Aerar Bedeutendes erspart wurde. — Wir wünscht-

ten zu wissen, ob normalmäßig hier gleichbedeutend ist mit vollem Gehalte, und hätten gerne die Ziffer der Ersparniß gehört.

Nun wünscht der Präsident, die Kammer möge sich **vereinbaren** über die formalen Fragen des Rudlich'schen (heißt wohl Lasser'schen) Antrages.

Abgeordneter Lanner trägt an, die Beschlüsse über den Rudlich'schen Antrag zum Voraus als einen Theil der Constitutionsurkunde zu erklären, dessen früheres Erscheinen durch die Dringlichkeit der Umstände geboten sei.

Zuerst aber will er abgestimmt wissen, ob ein Gesetz von einer oder von zwei Kammern gegeben sein dürfe. Erst müsse die Constitution fertig sein, sonst passire das Gesetz nicht die nöthige Censur. Die Versammlung müsse sich überhaupt durch die Constitution erst die Befugniß verschaffen, ein Gesetz zu geben.

Abgeordneter Schmitt, den die Versammlung sehr ironisch zu ihrem ersten Präsidenten wählte, will alle Formfragen halten lassen, und stellt den Antrag: Der Reichstag wolle beschließen: 1. Daß die Beschlüsse ungesäumt redigirt werden. 2. Der Beschluß wegen Bier- und Brandweinzwang sei beizufügen, wie Riegers Antrag. 3. Die redigirten Beschlüsse sind sogleich dem Ministerium zu übergeben, daß dieses die **Beistimmung** des Kaisers einhole.

Löhner dagegen weist darauf hin, daß der Beschluß zunächst eine That werden müsse. Daher habe die Kammer die Redigirung einer Commission übergeben. Diese könne mit der Arbeit fertig sein zu derselben Zeit, wo die Ministerialerklärung auf Borrosch's Anfrage der Kammer gegeben sei. Dann sei es keine Formfrage mehr, sondern eine wesentliche. Die Kammer wird dann fragen müssen, ob sie souverän sei oder nicht. Sie wird sich erinnern müssen, daß sie, wie sie einst zu einem Souverän in Innsbruck gesprochen, jetzt zum Souveränen österreichischen Volk sprechen müsse. Dann werde ihr die Frage der Souveränität klar werden. Daß endlich, wenn einmal die Kammer ihre Signatur gegeben, die verantwortliche Exekutivgewalt den Beschluß bei ihrer Verantwortlichkeit zu publiciren habe.

Schmitt ergießt über die Kammer ein schwarzelbes, zopfiges, reaktionäres Gewäsche über Verzögerung.

Löhner bemerkt, daß keine Verzögerung Statt finden könne, da morgen schon das Ministerium Antwort zu geben habe, welche über die Stellung der Kammer Aufschluß geben könne. Wenn man heute einen Formbeschluß fasse, trenne man ein Ganzes.

Ihm stimmt Borrosch aus dem Grunde bei, daß es von der Antwort abhängen werde, ob die Versammlung ein **constituirender** oder **vereinbarender** Reichstag sein werde.

Rieger dagegen spricht davon, daß man hier nicht wisse, ob man Monarchie oder Republik wolle, weil man glaube, daß eine Sanction des Kaisers nicht nothwendig sei. Der Reichstag habe nicht als solcher die Ermächtigung zu Gesetzen, diese gebe ihm nur die bittere Nothwendigkeit.

Und diesen Mann, der noch nie ein Wort gesprochen, ohne sich zehnmal zu blamiren, nennt der Czechismus die Blume seiner Demokratie.

Soldmark rügt, daß man auch in der Kammer zu dem beliebten Auskunftsmittel greife, eine Partei Republikaner zu nennen. Er bemerke darauf nur, daß die Geschichte Republikaner aufweise, welche weit größere Ehrenmänner waren, als die gerühmten Absolutisten oder Monarchisten. Man schreie stets: Wenn das Gesetz nicht morgen ins Volk hinausgehe, fiele Oesterreich

zusammen. Und doch streite man gleich wieder wegen der Berechtigung. Ob man wohl damals auch nicht berechtigt gewesen wäre, als es gegolten, zwanzig Millionen zu votiren.

Doliak will gar in überschwenglicher Loyalität, daß der Monarch jedes Gesetz selbst execute. Wir sind dadurch jeder Bemerkung über diesen ultrareactionären Wahnsinnsträger überhoben.

Prestel bemerkt, daß man der Exekutivgewalt mit der Publication noch lange nicht die Sanction zugestehet. Er führt dafür einen §. der belgischen Verfassung an, wo es heißt: der König bestätigt und publicirt die Gesetze. Da stehe also gar keine Möglichkeit der Verweigerung verzeichnet. Der Blume der czechischen Demokratie müsse er aber erwidern, daß er sich mit seinem Beispiele der Republik selbst schlage, wenn er die Gegner der Sanction Republikaner nenne. Denn in der Republik Nordamerikas sanctionire der Präsident das Gesetz. Daher sei die Sanction kein ausschließliches Kennzeichen einer constitutionellen Monarchie.

Auch Borkowski gibt sich die leichte Mühe, dem czechischen Abgeordneten Rieger seine geringe Einsicht zu beweisen.

Die Blume der czechischen Demokratie, Abgeordneter Rieger, hat sich also abermals lächerlich gemacht und seine gerühmte politische Weisheit schrumpft zu einer colossalen Unwissenheit zusammen. Diese Männer aber sind die Stützen des lächelnden Nephistopheles der Gerechtigkeit.

Abgeordneter Borrosch, der einzige Mann in der Kammer, unter Larven die einzige fühlende Brust erhebt sich heute wieder, um für die heiligen Rechte des Volkes, das ihm sein Vertrauen geschenkt, zu vertheidigen. Das Wort Sanction enthalte weder den Begriff der Genehmigung, noch jenen der Verweigerung. Es bezeichne nur einfach den Act der Vereinigung der executiven und legislativen Gewalt zur Gültigkeitserklärung eines Gesetzes. Ein Veto, als Theil der constitutionsurkunde, könne auf diese gar keine rückwirkende Kraft haben. Dieß sei eben so wenig möglich, als man ein Recht habe, den Constituirenden Reichstag aufzulösen und von ihm allenfalls an das Volk zu appelliren. Das vorige Ministerium habe einen Entwurf vorgelegt, in welchem das vorsündfluthliche Skelett einer ersten Kammer zu schauen war. Da habe das Volk seinem Kaiser vertraut. Das Volk sei dankbar, möge der Kaiser ihm auch vertrauen, er habe keine Täuschung zu befürchten. Setze man vielleicht die Absicht, einen zweiten Reichstag zu belieben, so fürchte er nur, daß er noch demokratischer sein werde, als der erste. Uebrigens könne er der allgemeinen Anklage des Ministeriums nicht beitreten, da er ihm im Gegentheil Dank dafür zolle, daß man so schnell wisse, woran man denn eigentlich sei. Er wünsche aber, daß in Zukunft möglichst wenig Cabinetfragen eingebracht werden, um das daraus folgende Zerwürfniß der Parteien zu vermeiden.

Soldmark bemerkt, daß man auch ohne Republikaner zu sein, doch gehörig zu würdigen wissen müsse, wie sich das Ministerium benommen habe, da es urplötzlich vor der Constitution die Vetofrage hereingeworfen habe.

Sein meint, daß zwar die Herren von der Linken keine echten Republikaner seien, doch aber den Monarchen eines wesentlichen Rechtes berauben wollten.

Lasser erklärt, daß er nicht vom Ministerium influenzirt war oder ist, was mit dreimaligem Applaus von den Wohlgesinnten, dreimaligem Lachen von den unechten Republikanern begleitet wird.

Trojan der Große spricht von Nichtrepublikanerseinwollen, böhmischen Bauern, unbedingtem Veto, militärischer Eintreibung der Robott.

Siefert wiederholt fortwährend, daß er nicht einsehe, und bemerkt, daß Nichts unbedingt einfacher sei, als Etwas.

Und das sind abermals die Stützen des ewig Lächelnden.

Diese Stützen sind aber der Intelligenz- und Gesinnungsausdruck der Majorität der constituirenden Vertrauensmänner.

Nun erhebt sich der Unterstaatssecretär Mayer, welcher nebenbei auch Volksvertretung treibt, um in die ministerielle Trompete zu stoßen, und das erschütterte Jericho der Volksfreiheit, des Volksrechtes gänzlich umzublasen. Die Frage der **Vereinbarung** gehöre gar nicht hierher, es handle sich um ein specielles Gesetz, und nur darum habe die Kammer sich zu bekümmern. Es handle sich darum, ob man das Gesetz dem Monarchen zur Sanction unterbreiten wolle oder nicht? Man frage: Ob und welches Veto es gäbe? Darauf wolle er antworten, wenn man ihm erst gesagt habe, ob man kein Veto wolle? Ohne Veto gebe es keine **monarchisch-demokratische** Verfassung. Er selbst stehe auf breiterer demokratischer Basis. Wenn der Thron noch nicht erledigt sei, frage er, ob man vor der Sanction schaudere. Er finde in ihr keine Gefahr, sondern eine Garantie.

Wir theilen mit dem volksvertretenden Unterstaatssecretär die Ueberzeugung von der Wahrheit seines letzten Sages. Aber eben weil wir in der Sanction des unverantwortlichen Fürsten eine Garantie für volksverrätherische Minister erblicken, sehen wir in ihr die höchste Gefahr für die Freiheit, dieses heilige Recht des Volkes.

Abgeordneter Löhner will als Antragsteller zuletzt sprechen, wogegen der Präsident Strobač, welcher fürchtet, der Eindruck der ministeriellen Trompete könne verwischt werden, Einwendungen erhebt, zuletzt aber Löhner sein gutes Recht doch zugestehen muß.

Löhner erklärt, er sei mit großem Interesse dem Abgeordneten Mayer gefolgt. Er habe keine so fruchtbare Debatte gehofft. Man habe nicht nur gehört, wie eine demokratische Monarchie beschaffen sein müsse, sondern sogar ein Verhaltensreglement, wie sich der constituirende Reichstag aufzuführen habe. Er erwarte daher von der Kammer, daß sie die Lectio über Monarchie, Republik und Demokratie gehörig im Gedächtniß behalte. Er berufe sich jedoch auf die stenographischen Berichte, welche ausweisen müssen, daß die ministerielle Partei alle diese Fragen hervorgehoben habe. Ob wohl die Kammer, welche wegen Zeitverlust besorgt sei, mit der Nichtvorlegung der Redaction sich einverstanden erkläre. Dagegen müsse er energisch protestiren. Nach seiner Ueberzeugung müsse seine ganze Partei ihre Zustimmung dann verweigern. Da für Löhners Antrag die Abstimmung durch Namensaufruf beliebt wurde, verlangt der czechische Abgeordnete Klauď die Frist von 10 Minuten, welche nach der Geschäftsordnung verlangt werden darf.

Diese Frist von 10 Minuten, welche stets ausgebeutet wird, wenn man der Wohlgesinnten nicht ganz sicher zu sein glaubt, erinnert uns an das berühmte Veto, womit ein einziger schlaftrunkener Landbote die Beschlüsse der Weisesten der Nation vernichten konnte.

Der Abgeordnete Klauď hat durch seinen knabenhaften Uebermuth den nächsten Anstoß zu einem später schwer zu bereuenden, muthwilligen und volksfeindlichen Kammerbeschlusse gegeben.

Wie solche Fristen ausgebeutet werden, beweist die nach der Abstimmung gegebene Erklärung des Abgeordneten Ğubić, es habe Stadion vor derselben seinen Einfluß auf die Landleute Galiziens in der Art

geltend gemacht, daß er ihnen eingeredet, alle jene, welche gegen die Sanction stimmten, wollten den Kaiser absetzen. Wenn auch der Präsident Strobač den Abgeordneten zur Ordnung rief, so erinnern wir uns doch, wie ein galizischer Bauer bei der Abstimmung seinem Ja ein drohendes: Es lebe der Kaiser folgen ließ, was dieser Mann, der von der ganzen Verhandlung nichts verstand, ohne fremden Einfluß, ohne dadurch erzeugte Furcht nicht gethan hätte.

Der Antrag Löhners, welcher das Princip der Volkssouveränität in sich schloß, wurde mit 183 gegen 119 Stimmen **verworfen**.

Wir haben von nun an keinen constituirenden, sondern nur einen vereinbarenden Reichstag. Die heutige Frage hat bereits die morgige entschieden.

Unter den getreuen Wohlgesinnten, welche mit einem kurzen Nein ein schwer errungenes heiliges Recht des Volkes verschleuderten, unter diesen kaiserlicher, als der Kaiser des 15. Mai selbst, Gesinnten befinden sich der Präsident und der Vicepräsident des Slavencongresses, der Czeche Palacky und der Pole, Fürst Lubomierski.

Wir haben umsonst eine schwere lange Zeit von fast sechs Monaten gekämpft, wir haben umsonst die ganze Kraft eines ehrlichen und eisernen Willens eingesetzt, denn unsere Revolution ist am heutigen Tage zu einer Fraßnospse geworden. Wir sind vor der Welt lächerlich geworden, denn wir wollten die Freiheit als Männer, wir haben sie uns entreißen lassen wie Kinder. Es erkannte der Kaiser selbst die Souveränität des Volkes an, wir blickten vertrauend auf die Folge derselben, den constituirenden Reichstag. Da kam ein lächelnder Teufel und fing an zu mäckeln an dem Preise der Revolution. Und die vertrauensvoll gewählten Vertreter des Volkes warfen dem Teufel als Preis seines Verrathes an dem von ihnen vertretenen Volke dieses Volkes edelstes, herrlichstes Kleinod, seine Freiheit, als Beute zu. Da stehen die Männer des Volkes, welche die Sklaven der Minister geworden sind, predigen Frieden und Ruhe und stecken doch die rothe Blutfahne des Nationalitätenkampfes frech herausfordernd auf. Und warum geschieht dieß Alles: Um den Mephistophelles der Gerechtigkeit lächeln zu sehen.

Wenn der Bürgerkrieg wüthet und die Stürme von Norden und Süden, von Westen und Osten herbrausen, wenn das geträumte starke Oesterreich ein zerklüftetes und verendendes geworden, wenn die einmal entfesselte Wuth aus reichen Ländern öde Wüsten, aus wohlhabenden Bürgern hungernde Bettler gemacht hat, dann werden wir wieder fragen: Ob dieser Preis für dieses Lächeln nicht zu theuer war? Niederhuber.

### Ungarn (Offizieller Bericht.)

Unsere Truppen haben das Perlaßer Lager eingenommen.

Am 2. I. M. um 4 $\frac{1}{2}$  Uhr Früh griff Oberst Ernest Kij das Perlaßerlager der Aufständischen an, und nahm es nach blos 2 stündigem Kampfe, durch den Heldemuth unserer Truppen.

Der Feind ließ 90 Todte im Lager. Es wurden 7 Kanonen und viele mit Munition beladene Wagen genommen, und wir machten viele Gefangene.

Wir zählen wenig Verwundete, unter ihnen ist der Oberstlieutenant des 10. Bataillons der Freiwilligen Paul Szemere, dessen Unterleib zwei Kugeln traf.

Ausgezeichnet hat sich das Regiment Don Miguel, das 10. Bataillon der Freiwilligen und das Jägercorps des Fürsten Woronyeczkj.

Den Sieg haben wir der unaufhaltsamen Kampflust unserer Schaa-  
ren unter Anführung des Obersten Riß zu danken.

Die Rebellen werden noch fortwährend verfolgt; deßhalb lassen sich  
Details erst nach Beendigung der Schlacht geben.

Budapest, den 4. September 1848.

Barth. Szemere,  
ungr. Minister des Innern.

### „Reize den Ungar nicht!“

Her das Schwert, es wird uns retten!

Rein von Schmutz und rein von Schande  
Waschen wir Panoniens Lande!

Petőfi.

Nach Monaten vergeblichen Hoffens und gewaltsam unterdrückter  
Kampfeswuth, nach vielen vergebens zwischen Pesth, Wien, Innsbruck und  
Ischl verreis'tem Gelde, nach unzähligen umsonst an jene völkermordenden  
Felsenherzen gerichteten Vorstellungen und Bitten, daß ein königliches Wort  
der Gerechtigkeit und Versöhnung zwischen zwei edle Völker vermittelnd  
und Friede gebietend treten dürfe, die Jahrhunderte lang in Leid  
und Freud der Vorzeit verbunden waren, sich aber nun geheßt wie zwei wü-  
thende Lieger zu zerfleischen drohten, brach endlich der Tag heran, an dem die  
edelsten Gefühle unter solchem übernatürlichen unmenschlichen Druck an den  
fürchterlichen Wendepunct traten, wo Verstand und Wahnsinn, Liebe und Haß,  
Gebuld und Berserker-Wuth aneinander gränzen, und in diesem Momente er-  
wachte der alte ungarische Löwenmuth, in diesem Momente erhoben sich Ungarns  
Söhne und Ungarns Väter, das Volk und seine Freunde. Die Söhne des  
erstern schlugen die von Tellasich verführten, belogenen, beschwachten, be-  
trogenen Serben bei Perlaß. Das Regiment Miguel, zwar ein sogenanntes  
k. k. Regiment, aber durchaus aus echten Magyaren, den edelwildten Bi-  
harern und Debresinern und größtentheils aus Saros-Pataker Studen-  
ten bestehend, rief in zwei Stunden ein Lager, daß vielleicht schon  
seine Pläne vor Pesth entworfen hatte, gänzlich auf, und die zahllosen  
Zeichen von Männern, die für eine bessere Sache als niederträchtige In-  
trigue zu fallen würdig gewesen wären, bedecken die Ebene von Perlaß.

Wie entsetzlicher Schreck oft die lahme Zunge des Taubstummen löst,  
und den umnachtenden Schleier vom Auge des Blinden reißt, so kam auf  
einmal über die ungarischen Soldaten der Geist des Verständnisses; sie  
erkannten plötzlich wie gemeiner Verrath ihrer Officiere an der Sache des  
Volkes, für das sie fechten und befehlen sollten, durch das erwürgende  
starre Commando sie nicht nur von Thaten abhielt, nein sie sogar wieder-  
holt zur Schlachtbank geliefert hatte. Und in wildem Todesmuth warfen  
sie die k. k. Officiere rasch hinter die Fronten, und ohne Commando,  
ohne Befehl, ohne Ordnung und Regel nahmen sie in einem wüthenden,  
unwiderstehlichen Bajonett-Angriff in einer Stunde, was Gott nicht mehr  
länger ansehen konnte — den Triumph einer schlechten Hof-Kabale — ein  
Räuberlager auf freier Magyarenerde.

Das thaten die Söhne des Volkes, das thaten die verhöhn'ten, ver-  
achteten, verspotteten Magyaren, und bei Gott, sie werden noch mehr thun!

Und was thun nun die Väter des Volkes, seine Freunde, seine Füh-  
rer? Sie kommen hierher, sie sind heute hier, die zahlreichen De-  
putationen beider Häuser, und vereinigt haben sich die Partheien, die Linke  
und die Ministeriellen; und fahren haben sie lassen jeden kleinlichen Zwi-  
spalt und jeden Meinungskampf um die heilige Sache des Vaterlandes,  
der Freiheit und des Volkswohl, und heute fragen sie mit einem welt-

geschichtlichen Entschlusse im Herzen, um die bestimmte Erklärung:  
ob es des Königs Wille sei, daß Tellasich, der Rebell,  
befehle in Ungarn in seinem Namen“ und von der bestimm-  
ten Antwort des Königs wird es abhängen, ob Oesterreichs trauernder Ge-  
nius diese verhängnißvolle Stunde zum Segen oder Fluch wenden soll.

Eine bestimmte entscheidende Antwort! das ist die  
Parole des heutigen Tages, denn, wenn die hundert Vertrauensmänner  
Ungarns wie der Ausflüchte statt Antworten, Versprechungen statt könig-  
liches Wort, Rath statt That, heute Abend mit sich nehmen, in die die-  
ses Wortes gewärtige Heimat, dann dürfte der Titulatur-König von  
Ungarn, mit dem „deutschen Kaisertitel“ und dem „Königstitel von Jerusalem“  
eine heilige Allianz der Unstichtbarkeit bilden.

Dann werden die Enkel jener Männer eine Secularfeier des berühm-  
ten „Moriatur pro rege nostro“ auf demselben Rákos halten, über  
das die Göttin der Freiheit noch jedesmal segnend und schützend schwebte,  
wenn es galt um Panoniens Selbstständigkeit; dann werden Oesterreichs  
Wirren und der Knäuel seines Länder-Fegenthums, die am Ende doch noch  
zu schlichten und zu ordnen gewesen wären, jenes Stadium erreicht haben,  
dessen ganze Folgen das bekannte zu spät bezeichnet.

Herr des Himmels! heiliger Genius des Friedens, erschließe das  
Herz und den Sinn des Mannes, von dessen Lippe heute der Frieden  
Europas ja der Welt abhängt. Laß nicht Herrschsucht, Eigensinn und  
Bosheit Einzelner, den Sieg davon tragen über das Wohl und Glück, die  
Ruhe und den Frieden von 36 Millionen Menschen, und schleudere nicht  
in die von dem neuesten Verrath ohnedies getränkte Herzen auch die Hoff-  
nungslosigkeit auf eine freie glückliche Zukunft, und die blutige Aussicht  
in — einen Oesterreich vernichtenden Bürgerkrieg.

König.

Linz am 5. Sept. 1848. Unser demokratischer Clubb hat vorgestern  
einen löstlichen Fang gemacht, und einem Unglücklichen, der schon seit 18  
Jahren in geheimer geistlicher Inquisitionshaft schmachtete, die Freiheit wie-  
der gegeben. Doch bevor ich Ihnen das Nähere berichte, muß ich Ihnen  
belläufig erklären, was sie sich unter unserm radicalen Clubb vorzustellen haben.  
Derselbe ist keineswegs ein solcher Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht  
hatte, das ewige Gesez der Freiheit und Gleichheit des Menschen syste-  
matisch zu ergründen und zur practischen Geltung zu bringen — er ist  
vielmehr trotz der — angenommenen Benennung „radicaler Clubb“ nur ein  
Verein zur geselligen Conversation und Erstrebung localer Verbesserungen.  
In dieser bescheidenen Sphäre hat er aber schon manches Gute gewirkt.  
Besagter Clubb kam nun vor einigen Tagen durch einen anonymen Brief in die  
Kenntniß, daß sich im hiesigen Barmherzigen Kloster ein Geistliche schon seit  
18 Jahren in strenger Kerkerhaft befinde, und man beschloß daher sich über  
diese Sache eine nähere Aufklärung zu verschaffen. Eine Deputation ging  
zum Präsidenten Skrbensky, der anfänglich den Betroffenen spielte, und  
nichts zu wissen vorgab, endlich aber doch sich herbeiließ, den Abgeord-  
neten die verlangte Visitation des Klosters zu gestatten und ihnen zu diesem  
Zwecke auch einen Polizei Commissär mitzugeben. Der überraschte Prior  
mußte sich dem Begehren fügen, und man fand nun in einer kleinen mit  
Doppelthüren und Fenstergittern versehenen Klosterzelle einen fast 70jäh-  
rigen Greis eingesperrt, dessen Gesichtszüge sich vor Freude erheiterten, als  
er wieder menschliche Laute vernahm und Menschen um sich herum versam-  
melt sah, denen er seine vieljährigen Leiden klagen konnte.

Ich will die geehrten Leser nicht mit der ganzen Leidensgeschichte, die  
ohnedies besonders in Druck gelegt wird, plagen, nur so viel will ich hier

in Kürze bemerken, daß dieser Deficientenpriester ohne irgend einem rechtlichen Grunde, ohne irgend einer gesetzlichen Untersuchung, ohne Straferkenntniß und weiterer Procedur, lediglih wegen persönlichen Zerrwürfnissen mit seinen geistlichen Obern durch 18 Jahre in engster Kerkerhaft gehalten wurde. Alle seine Sammerbriefe an die Behörden und andere hochgestellte Personen wurden theils unterschlagen, oder blieben sonst unberücksichtigt; in den letzteren Jahren hingegen wurde ihm Tinte und Papier gänzlich bei Seite geräumt.

Ich schließe diese Nachricht mit der dringenden Bitte an das hohe Ministerium, sich dieser Angelegenheit, die uns an die Gräuelpunkte der spanischen Inquisition erinnert, auf das Strengste anzunehmen und dem mißhandelten Priester die möglichste Genugthuung für die erlittene Pein zu verschaffen. Ihnen Herr Präsident Skrbensky aber wäre nichts bringender zu rathen, als sich so bald wie möglich auf die Reise zu machen, und nicht abzuwarten, bis Ihnen die Bewohner von Linz einen Reisebrief zu Ihrem Lehrer und Meister Metternich ausfertigen, denn Sie sind ein alter diplomatischer Heuchler, aber Sie irren sich, wenn Sie glauben, das Volk lasse sich von Ihnen durch liberale Komödien täuschen, und es vermöge nicht das zweifache Spiel zu durchschauen, das Sie hier in Linz und in den Salons zu Ebelsberg, wo sich Madame Sibini und viele andere Bekenner Metternich's aufhalten sollen, mit großer Plumpheit spielen.

Linz, 5. September.

Wenn ich die Wiener Blätter zur Hand nehme, welche von dem Siege der Demokratie und vom demokratischen Ministerium Dobhoff schwärmen, und damit die Zustände in Linz vergleiche, so kommt es mir beinahe vor, als ob sich Wien entweder in einem Fiebertraume oder in einem andern Welttheile befände, denn wir leben hier in Linz in den alten Tagen Metternich's und Sedlnitzky's, und diese beiden Völkerverderber dürften heute zurückkommen, sie fänden alles noch in alter Ordnung. Ein neuer Beleg dafür ist die fast ungläubliche Thatsache, daß der renomirte Roe von Roibberg — dieser geadelte Kumpane Sedlnitzky's im Laufe dieser Woche als Polizeidirector in Linz in Function getreten ist. O! welch ein brauchbarer Amanuensis für unsern Präsidenten Skrbensky!

**Triest, 1. September.** Die Gemeindevahlen nehmen jetzt allgemein die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch. Triest besitzt schon seit dem Jahre 1838 eine Gemeindevertretung; als aber durch die Umwälzung der Märztag, der Stand der Dinge von unten herauf ganz umgestaltet wurde, dachte man nicht daran, diese Gemeindevertretung im Sinne der Neuzeit zu reformiren, die reactionären und servilen Elemente und Werkzeuge, die das alte System sich darin geschaffen, auszuschleiden, die Macht des k. k. Magistrats zu brechen, der der Gemeinde voll büreaukratischen Dünkel oft feindselig gegenüberstand, und noch dazu zum Nachtheile dieser mit politischer Gewalt ausgerüstet war, und sie dazu benützte, jede selbstständige Regung der Gemeinde zu unterdrücken. Anstatt diesen Magistrat alsogleich zu entfernen, beschränkte man sich einen Gemeindeauschuß zu schaffen, der wie ein gewisser anderer Gemeindeauschuß sich nicht allein unfähig, sondern auch wenig guten Willen für die Neugestaltung der Dinge zeigte.

Um jedoch auf die neuen Gemeindevahlen zurückzukommen, so bemerken wir, daß diese vom Volke mit lebhafterem Interesse aufgenommen wurden, als früher stattgefundenen Wahlen. Der „Triestiner Verein,“

der sich mit den öffentlichen Angelegenheiten im wahrhaft liberalen Sinne beschäftigt, hat sich der Sache mit Wärme angenommen, und einen Aufruf an das Volk ergehen lassen, worin er die gutgesinnten Bürger zu Volksversammlungen einladet, um über die Wahlen zu berathen. Die Versammlung war außerordentlich zahlreich, die freisinnigen Redner ernteten stürmischen Beifall — und die Wirkungen erstreckten sich weit über den Saal hinaus, indem der Sinn für öffentliches Leben geweckt wurde und die Zahl der Wähler sehr schnell zunahm.

So tadelnswürth das Benehmen des Herrn Salm bei dem letzten Kravall war, so anerkennenswürth war die Haltung des Commandirenden, Herrn Giulay, der Tags darauf in seiner Eigenschaft als Militär- und Civilgouverneur (weil Triest in Belagerungszustand ist) eine Bekanntmachung erließ, die in humanen Ausdrücken abgefaßt, der des Hrn. Salm gerade entgegengesetzt war. Jenes — gelinde gesagt — tactlose Benehmen des Herrn Salm sollte schon allein genügen, ihn augenblicklich von seinem Posten zu entfernen, wenn auch nicht andere Proben seiner politischen Unfähigkeit vorlägen. Sind doch die Triestiner in dem unerhörten Falle, den Belagerungszustand, in dem sich die Stadt jetzt befindet, segnen zu müssen!

Seit den beklagenswerthen Vorfällen des 20. verweigert ein großer Theil der Nationalgarde ferner Dienste zu thun. Das Commando hat es verweigert, die Entlassungen anzunehmen, die massenweise eingereicht wurden und sich auf den Ministerialerlaß vom 12. April berufen, nach welchem die Nationalgarde zum Dienste verpflichtet ist. Wird aber die Nationalgarde nicht bald im volksthümlichen Sinne reorganisiert, so steht zu befürchten, daß sie sich factisch von selbst auflöse.

Aus Fiume sind traurige Nachrichten eingetroffen. Der Einmarsch der Croaten hat die Stadt in die höchste Bestürzung versetzt — alle Läden sind geschlossen — und Handel und Wandel in plötzliche Stockung gerathen.

Man sagt, daß Herr Rusnow, Sanitätsbeamter im hiesigen Lazareth, zum Gouverneur von Fiume ernannt sei.

**Vereinigte Staaten von Deutschland.** Wien. Die Luft ist wieder heiter. Die schwarzgelben Gewitterwolken fangen an sich zu verzehren. Am 5. hat die Versammlung in der „Kaiserin von Oesterreich“ stattgefunden, die Herr Blumot zur Unterfertigung seiner schwarzgelben Adresse zusammenberufen hatte. Allein in Anbetracht der eingetretenen Witterungsänderung erklärte der Herr Verfasser, daß er seine Adresse für jetzt zurücknehme.

— In der vorgestrigen Sitzung hat der Verwaltungsrath beschlossen die Bestimmungen über die Wahl eines Obercommandanten der Nationalgarde dem Reichstage anheim zu stellen.

**Feldkirch.** Der Magistrat von Feldkirch (wir freuen uns doch auch einmal einen k. k. österreichischen Magistrat loben zu können) hat eine Bekanntmachung, erlassen worin er zu einer Sammlung für die deutsche Flotte auffordert und nach dem Vorgange des Münchner Flottenvereins vorgeschlagen, daß alle diejenigen, welche sich durch Abnahme einer von ihm ausgegebenen, auf jeder Kopfbedeckung leicht anzubringenden Marke an dem großen Zwecke des Vaterlandes theilhaben, dieser lästigen Sitte entgehen sollen, und statt ihrer ihre Achtung gegen Jedermann durch bloßes Anlegen der Hand an die Kopfbedeckung ausdrücken dürfen. Die Marke besteht in einem Anker, den eine Schleife mit darauf gepreßten Worten: „Gott zum Gruß“ umspielt. „Der unterzeichnete Magistrat,“ heißt es in der Bekanntmachung, „ist überzeugt, dem Wunsche seiner Mitbürger entgegenzukommen, wenn er die Sammlungen der Beiträge für die deutsche Flotte auf dieselbe Art auch hier in Anregung bringt. Es wird daher Jedermann zur Abnahme solcher Marken, die in der Magistratskanzlei abgeholt werden können, höflich eingeladen. Eine Marke ko-

set 24 tr. R. W., ohne jedoch Jemanden in der Größe seiner Beiträge für diesen wahrhaft patriotischen Zweck beschränken zu wollen. Die eingelaufenen Beiträge werden an das deutsche Reichsministerium eingesendet, und seiner Zeit bekannt gegeben werden. Ein kleines Opfer aber von Tausenden und Tausenden im weiten deutschen Reiche willig dargebracht wird in Kurzem Großes fürs Vaterland bewirken, und überdies die Menschheit von einem lästigen Ceremoniell befreien."

In Folge dieser Aufforderung waren in dem kleinen Städtchen in kurzer Zeit über 1800 Mark an abgeholt.

Frankfurt. Die D. P. A. Z. bringt folgendes Verzeichniß der schon ernannten Bevollmächtigten der Regierungen bei der deutschen Centralgewalt.

Die bereits Bevollmächtigten sind; für Preußen: Staatsminister Camphausen; für das Königreich Sachsen: Geh. Regierungsrath Kohnschütter; für Hannover: Justizrath von Bockmer; für Württemberg: Obertribunalrath v. Sternfels; für Baden: Geheimrath Welcker; für Kurhessen: Geh. Legationrath Sylvester Jordan; für das Großherzogthum Hessen: Ministerialrath von Eigenbrodt; für Holstein: Professor Dr. Madat; für Lauenburg Geheimrath Welner; für Luxemburg und Limburg: Staatsrath von Scherff; für Sachsen-Weimar: Staatsrath von Widenbrugg; für Sachsen-Meiningen: Staatsrath Seebeck; für Sachsen-Coburg-Gotha: Geh. Regierungsrath Kohnschütter; für Braunschweig: Geh. Legationrath Dr. Liebe; für Mecklenburg-Schwerin und Strelitz: Regierungsrath Dr. Karsten; für Oldenburg: Oberst Joh. Ludwig Moske; für Hohenzollern, Reuß und Hessen-Homburg: Geh. Rath Frh. Adolf von Holzhausen; für Lippe-Deimold: Geh. Justizrath Petri; für Hamburg: Senator Kirchenpauer; für Frankfurt: Schöff Dr. Souday; für Bremen: Bürgermeister Schmidt; für Lübeck: Senator Dr. Heinrich Brehmer.

Wenn wir dieß Ding eine Weile ansehen — so flimmert und nebelt es uns vor den Augen — wir werden gespensterförmig und glauben den alten ergrabenen Bund auferstanden zu sehen! —

— Der Congress zur Gründung einer freien akademischen Universität hat sich einstimmig für Wien erklärt. Die Abgeordneten trafen hier ein ohne Glauben, ohne Hoffnung; als aber Dr. Deutsch aus Wien seine Vaterstadt vorschlug, als er erklärte, daß der Stadtrath, der Reichstag, die Aula bereitwillig seien zu jedem Opfer für die Gründung der freien neuen Universität, da jubelten ihm alle Beifall und erklärten sich für Wien. Dort ist man jetzt empfänglicher als irgendwo anders für die neue Schöpfung, die Universität in Wien mit dem alten Poppe ist aus ihren Fugen gegangen. Wien ist demokratischer als jede andere Stadt Deutschlands, in Wien sind großartige wissenschaftliche Anstalten, Bibliotheken, Hospitäler, Alles, was notwendig ist zu diesem Zwecke, Wien ist die größte deutsche Stadt, dort also muß auch die erste Erfahrung gemacht werden, die Theorie praktisch werden zu lassen, die Abstraction zu popularisiren und die Wissenschaft im Geiste der Zeit an Mann zu bringen, in Fleisch und Blut übergehen zu lassen, und dem Volke, dem mächtigsten, hochherzigsten Theile einer Nation, alle Mittel und Wege zur Fortbildung zu verschaffen. Alle Privilegien müssen heute aufhören, also auch bei der steifen, starren Gelehrsamkeit, die Stände und Klassen, die verschiedenen Thätigkeiten müssen näher aneinander rücken, sich vereinigen, sich verbrüderern, die Wissenschaft darf nicht mehr abgeschlossen und unklar sein, wer sich selber klar ist, muß auch seine Gedanken verständlich wiedergeben können. So geschieht es in Paris in der Sorbonne, im Collège de France und anderen Institutionen der großen französischen Hauptstadt; warum soll Deutschland nicht auch einen oder mehrere Brennpunkte der allgemeinen deutschen Bildung und Entwicklung besitzen? Die verschlossenen Hörsäle müssen geöffnet werden für Jedermann, der sich ausbilden will; Gilden und Zünfte jeder Art, auch die der Gelehrten, müssen aufhören. — Bald soll wieder ein Congress zusammenkommen, dem dann die Verhandlungen mit Wien vorgelegt und von welchem die Lehrer ernannt werden sollen. Der Universität soll eine Academie zur Seite stehen, zunächst aus den Lehrern der Hochschule bestehend, dann weiter ergänzt aus anderen Gelehrten Deutschlands. Ein wissenschaftliches Organ soll unter dem Titel „Jahrbücher der freien deutschen Universität“ mit derselben oder schon vorher ins Leben treten. Auf den Universitäten können und sollen alle bisherigen Disciplinen der Wissenschaften gelehrt werden, aber vom philosophischen, demokratischen Standpunkte aus. —

Sollten die Unterhandlungen mit Wien nicht mit Erfolg belohnt werden, dann sind die Städte Frankfurt und Hamburg in Aussicht gestellt. (B. Z. S.)

Dresden. Die Regierung hat an die getreuen Stände eine Darstellung ergehen lassen, „über die Betheiligung der Regierung bei den Verhandlungen über das deutsche Verfassungswerk.“

Zweiterlei in dieser Darstellung erscheint uns höchst merkwürdig:

Erstens, daß die Darstellung die Sachen so darstellt, als wäre der weitand alldurchlauchtigsten gemeindeutschen Polizeianstalt im Carlischen Palast zu Frankfurt a. M., deutscher Bundestag genannt — plötzlich, über Nacht, eingefallen, die deutsche Bundesverfassung taue nichts und „es sei eine zeitgemäße Reform!!! derselben auf nationaler Grundlage nothwendig“ und als habe jene in Folge dieses drolligen Einfalls geschwind an die verschiedenen Auktordreihigkeit geschrieben, Wahlen von Abgeordneten anzuordnen, welche dann nach Frankfurt fahren sollen, „um zwischen den Regierungen und dem Volke das deutsche Verfassungswerk zu Stande zu bringen.“ („Vereinbaren“ das schöne Wort der Mißverständnisse, war damals noch nicht erunden, sonst hätte sich der Alldurchlauchtigste Bundestag gewiß nicht spotten lassen und würde es stracklich angewendet haben).

Auf diese schlichte Weise ist die Geschichte der deutschen Revolution in dieser Darstellung dargestellt. Von dem Vorparlamente und dem Fünzigerausschusse ist kein Sterbenswörtlein vorzufinden, geschweige denn von der respectwirdigen Revolution selbst und den verschiedenen dabei angewandten Concessionshapseln sammt obligaten knallenden Mißverständnissen.

Erst von der leidigen Nationalversammlung wick Notiz genommen — vermutlich, weil man den Spektakel, den die Rechte dort mit Herrn Winkler an der Spitze schon einige Mal gemacht, füzlich nicht überhören konnte, vielleicht sogar mit Wohlgefallen vernommen hatte.

So viel vom historischen Theile dieser Darstellung.

Von dem partikular-sächsisch-ministeriell-theoretischem Theile der Darstellung wollen wir nur ein kurzes Zeichen der Aufmerksamkeit des deutschen Volkes empfehlen. Es ist ein kurzes schmuckes Sätzchen ganz unbesangenhend und lammfromm hingestellt, das aber wie ein kleines hölzernes Köpflein von Troja einen ganzen Wald von Waffen in sich birgt. Es heißt nämlich: „Regierung und Stände müssen es als ihre Aufgabe erachten, den Beschlüssen der Nationalversammlung ohne dringende Gründe die Anerkennung nicht zu versagen.“

Also nicht ohne dringende Gründe! d. h. also nicht ohne Gründe, um die doch Diplomatie noch ihr Beckling nicht verlegen war!

Das ist ein halbzehnter Satz! nicht gefährlich für uns, aber gefährlich für Euch!

Gesetze von der höchsten gesetzgebenden Macht in einem Lande werden nur dann anerkannt, „wenn keine dringenden Gründe dagegen sind“ — es ist in der That noch nie ein revolutionärer Satz ausgesprochen worden! —

Raubstaaten. Die Kuhstappler Großkustane werden eher nach den andern melancholisch. Vier derartige hohe Häupter haben sich entschlossen abzugeben, wenn man ihnen nach ihrer Mediatirung eine anständige Versorgung garantiert.

Italien. Laskana. Am 25. ist in Livorno eine Revolution ausgebrochen. Das Volk hat den Gouverneur gefangen genommen — ein provisorisches Comité eingesetzt. Das Nähere ist nicht bekannt. Am 26. erschien in Florenz ein großherzogliches Decret, welches Livorno in Belagerungsstand erklärt und alle constitutionellen Garantien für diese Stadt auf unbestimmte Zeit aufhebt.

Französische Republik. Paris. Der Minister des Auswärtigen Herr Bastide hat dem Comité des Auswärtigen nun seine Mittheilung gemacht, die, obwohl schon bekanntes enthaltend, doch noch einer weiteren Gewöhnung werth ist. Der französische Gesandte in Wien, Herr Delacour, berichtet nämlich die bekannte Weigerung der österreichischen Regierung die französisch-englische Vermittelung anzunehmen, und fügt hinzu, daß die vorgeschügten Gründe bloße Ausflüchte seien.

Der Minister erklärt aber dem Comité, daß seiner Meinung nach diese Ablehnung der Vermittelung ihren Grund nicht so sehr in dem bösen Willen, als in der Schwäche der österreichischen Regierung habe, deren einzige Stärke und Hoffnung nur noch die Armee sei. Diese Armee aber scheine wenig Lust zu haben, das erst wieder eroberte mailändische Gebiet zu räumen. Eine friedliche und freundschaftliche Lösung scheine somit fast unmöglich, und die französische Regierung habe, um nichts unversucht zu lassen, ihr Ultimatum nach Wien geschickt, zu dessen Annahme oder Ablehnung nur 24 Stunden Frist segnend. Als Basis der Vermittelung sei vorgeschlagen, die Lombardei unabhängig zu erklären, Venedig und sein Gebiet aber bei Oesterreich zu lassen. Herr Delacour sei angewiesen, zu erklären, daß falls man Frankreich zum Kriege zwingt, es dann nicht eher Frieden schließen werde, als bis auch Venedig unabhängig geworden sei.

### Minister-Combination von gestern.

Wie vorgestern; doch dahin abgeändert, daß Pillersdorf die Finanzen übernehmen soll, der Mann, gegen welchen der Abgeordnete Sierakowski eine motivirte Anklage angemeldet und auf dessen Schultern Montecucculi den 26. Mai gewälzt hat. Neben dem Meternichianer Druck wird Meyern für die öffentlichen Arbeiten genannt.

### Schutzmittel gegen Cholera und Vereinbarerei.

Von zwei Uebeln hat Berlin jetzt zu leiden — von der Cholera und von der Vereinbarerei — beide Uebel, Cholera und Vereinbarerei bedrohen nun auch unser schönes Wien.

Gegen die Cholera veröffentlichen die Berliner Blätter folgende Schutzmittel:

Es ist nicht genug, um zu empfehlen, sich Besonnenheit und Ruhe des Gemüths zu bewahren, jede Furcht und Entmutigung zu beherrschen und die Cholera überhaupt nicht anders als jede andere ernstere Krankheit zu betrachten.

Zur Verhütung derselben, zum Schutz gegen dieselbe ist nichts wichtiger als Mäßigkeit im Essen und Trinken, ohne dabei zu sehr von der Gewohnheit ab zuweichen. Ein Jeder muß wissen, was ihm im gewöhnlichen Leben am besten bekommt, und welche Speisen er zu vermeiden habe. Vor allen, schon zu gewöhnlichen Zeiten dem Einzelnen nicht zuträglichen Speisen und Getränken, namentlich vor allem Uebermaß, hat man sich während der Cholerazeit besonders zu hüten. Vornehmlich ist vor dem Genuß von fettem, zähem Fleische zu warnen, z. B. Schweinefleisch mit Ausnahme von rohem Schinken, vor blühenden und unverbautlichen Gemüßen, Gurkensalate, harten Eiern, zu frischem Brode, wie auch vor sauerem oder nicht gut ausgegohrenem Biere. Der mäßige Genuß von Bitterbier, Wein und Brantwein ist für die, welche daran gewöhnt sind, rathsam und vor allen Dingen eine große Regelmäßigkeit in den Mahlzeiten zu empfehlen.

Der Körper muß reinlich gehalten werden und gut und warm bekleidet sein, in welcher Beziehung eine flanelle Binde um den Unterleib empfehlenswerth ist. Man muß bei etwaiger Durchdringung der Kleidungsstücke sich rasch trocken anziehen, vor Erkältungen und Zugluft hüten, nicht im Freien schlafen, und sich der Nachtluft möglichst entziehen.

Die Wohn- und besonders die Schlafzimmer müssen öfter gelüftet werden, und nie zu viel Menschen in einem und demselben Lokale länger und zusammengebrängt sich aufhalten, da überall jeder Dunst sich entschieden schädlich gezeigt hat. — Beschäftigung und Arbeit ist wohlthätig, nur sind übermäßige Anstrengungen in der Cholerazeit zu vermeiden. Alles was schwächt, wie sogenannte blutreinigende Mittel, gewohnte Aderlässe und dergleichen ist nicht ohne ärztlichen Rath anzuwenden. Sobald man sich unwohl fühlt, ein Gurren (Kullern) im Leibe oder Durchfall verspürt, oder Uebelkeit bekommt, muß man den Arzt rufen lassen. Bis zu seiner Ankunft ist es aber erforderlich, sich sogleich ins Bett zu legen, mäßig warm zuzudecken, einige Tassen warmen Kamillen- oder Pfeffermünzthee zu trinken, sich über den Leib mit Flanell reiben zu lassen, Senfteige auf die Waden, auch auf die Magengegend zu legen, und die etwa kalten Füße und den Unterleib mit heißen Tüchern oder Wärmeflaschen zu erwärmen.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß durch ein zeitiges zu Bett legen und die obengenannten Maßregeln am sichersten die Cholera abgewendet, oder doch jedenfalls ihre Heftigkeit und Gefahr erheblich gemindert wird.

Was das zweite Uebel die Vereinbarerei betrifft, so liegt bis jetzt nur ein junger Advokat hoffnungslos an ihr darnieder, und wir wollen hoffen, sie werde sich nicht weiter ausbreiten. Die Krankheit ist eine ganz neue und in Berlin nach den Mißverständnissen zum erstenmal ausgebrochen.

Preservativmittel dagegen lassen sich nur schwer angeben: wenn sie der gesunde Sinn des österreichischen Volkes nicht selbst aufzufinden vermag.

### An den Volksvertreter Alois Borrosch.

(Nach seiner Interpellation am 5. September.)

Beim Himmel, Deinem Wort erbliht kein Orden,  
Kein Königsdank und keine Hofrathsstelle!  
Vom Lohne nichts, der Heuchlern ist geworden,  
Und Klinglern mit der Rede hunder Schelle!

Dein Kampf ist ja kein Kampf wie jener Horden,  
Die's da nur wagten um des Glückes Balle;  
Zückst Du Dein Schwert, dann gilt's die Brut zu morden,  
Die schlau sich lagert um der Freiheit Schwelle.

D'rum laß nicht ab, Du Einz'ger treu von Vielen,  
Die gleich wie Du zum Kampf sind ausgezogen,  
Und dann für Gold zerbrochen Pfeil und Bogen.

O laß nicht ab, bis daß die Drachen fielen,  
Und ständst Du auch allein, doch wirst Du siegen,  
Weil hinter Dir des Volkes Fahnen stiegen!

(Br. Charivari.)

Siegfried Rapper.

### Börsenbericht vom 6. September 1848.

Metall-Obligat. zu 5%	78%	Anlehen vom Jahre 1834	129 1/2	Esterhazy Lose à 20 fl.	22	Glognitzer Actien	94
" " " 4%	62	" " " 1839	8 1/2	Waldstein'sche Lose	19	Pesther	64
" " " 3%	44	Esterhazy Lose à 40 fl.	51	Nordbahn-Actien	104 1/2	Gmundner	168
Bank-Actien	1080	Windschgrätz Lose	18	Mailänder	73	Dampfschiff	450

Man pränumerirt in Wien im Jakobshof Nr. 796 mit 1 fl. C. M. monatlich, 3 fl. vierteljährig und 6 fl. halbjährig. — In den Provinzen bei allen Postämtern, vierteljährig 4 fl. 6 kr., halbjährig 8 fl. 12 kr., ohne Unterschied der Entfernung. Einrückungen aller Art werden angenommen im Redactions-Bureau, Kohlmarkt Nr. 260, 2. Stock.